

Sür Wien können hauptsächlich folgende Vorteile in Betracht, die den Ausschlag geben: 1. Substanzliche Verringerung der bisher nötigen Sparmaßnahmen im Verbrauch elektrischer Energie. 2. Großzügiger Ausbau der Leitungsanlagen für die öffentliche Beleuchtung, insbesondere für die Straßen und öffentlichen Gebäude. 3. Wegfall der alten, unwirtschaftlichen Gasbeleuchtung, wobei das bestehende Gaswerk als Reserve verbleiben kann. 4. Einbau von elektrischen Leitungsanlagen in sämtliche bisher noch nicht für elektrische Beleuchtung eingerichteten öffentlichen Gebäude und Privathäuser. 5. Weitestgehende Ausgestaltung der elektrischen Straßenbahn. 6. Elektrifizierung der veralteten Stadtbahn und Schaffung der Untergrundbahn. 7. Umbau sämtlicher derzeit mit Dampfkraft oder durch andere Kraftquellen betriebenen Industrieanlagen in elektromotorischen Betrieb und 8. leichte Erweiterungsmöglichkeit der derzeit ohne Kraftanlagen arbeitenden Kleinbetriebe durch Aufstellung von kleinen Elektromotoranlagen.

Gleichzeitig mit diesen umfangreichen Arbeiten könnte dann noch an das riesige Gebiet der Elektrifizierung der ganzen Volkbahnen, durch Errichtung eigener Bahnstromwerke, geschritten werden, wodurch die derzeitigen Dampflokomotiven in Wegfall kämen und wobei auf Jahre hinaus in allen Industrien neue und reiche Arbeitsmöglichkeiten geschaffen würden. Zu diesen großen Arbeiten, die schon in kürzester Zeit Hunderttausende Menschen ausreichend beschäftigen können, kommt dann noch die vermehrte Arbeitsauslastung und der daraus sich ergebende bedeutende Aufschwung der kleineren Industrien. Die Glühlampen, Raster sowie die gesamte elektrische Installationsmaterialherzeugung, die Elektromotoren- sowie Kleinmotorenindustrie, die Erzeugung von elektrischen Koch- und Heizapparaten, die Kleingewerbeindustrie, alle diese Industriezweige würden durch die Ausgestaltung der Wasserkraft neu belebt und gestärkt werden, und endlich könnte auch die elektrochemische und elektrometallurgische Industrie einer geschiedentartigen Entwicklung zugeführt werden. In die verschiedenartigsten Zweige der Industrie und des Gewerbes käme Unternehmungsgelbst und Schaffensfreude, das Kleingewerbe würde rasch von der derzeitigen Hand-erzeugung zu der mehr gewinnbringenden maschinellen Erzeugung schreiten und viel mehr Arbeiter als früher beschäftigen können. Durch Vermietung vollständig eingerichteter elektrischer Betriebswerkstätten an Kleingewerbetreibende zu niederen Preisen könnte dieser Stand wirtschaftlich in die Höhe gebracht werden.

Von außerordentlichem Vorteil ist aber der billigere Preis der Einheit der Wasserkraft gegenüber der der Dampfkraft. Da die Wasserkraft kostenlos zur Verfügung steht und nur die einmaligen Anschaffungskosten sowie die geringen Erhaltungskosten der Wasserkraftanlagen in Rechnung kommen, so kann der elektrische Strom für die Einheit, das ist für die Kilowatt- oder für die Sekundarstunde, wesentlich billiger abgegeben werden als derzeit bei Verwendung von Kohle als Betriebsmittel. Diese an und für sich billigeren Strompreise können bei fortgesetzter Erweiterung der Anlagen sowie durch Abgabe von vielen Tausenden Pferdestärken in Zukunft immer mehr und mehr verbilligt werden. Endlich ist der nicht zu unterschätzende Vorteil zu beachten, daß durch den Wegfall der Rauch- und Rußplage die Städte in gesundheitlicher Hinsicht bedeutend verbessert werden.

Die finanzielle Lösung des Projekts ließe sich derart durchführen, daß der Staat selbst die Gründung einer Gesellschaft für die Nutzbarmachung der Alpenwasserkraft in die Hand nimmt oder, was vielleicht besser wäre, der Staat überläßt die Bildung dieser Gesellschaft der Privatindustrie in Gemeinschaft mit den Banken, behält sich aber bei der Geschäftsgebarung eine besondere Einflußnahme und Überwachung vor. Das für den Beginn der Arbeiten notwendige Kapital, über dessen Höhe noch genaue Detailkostenberechnungen anzustellen sind, könnte zur Hälfte vom Staate, zur anderen von der Privatindustrie, den Banken u. a. aufgebracht werden. Da für den Gesamtbetrag des erforderlichen Kapitals Aktien auszugeben sind, kann die eine Hälfte, die der Staat beizutragen hat, dadurch zur vorläufigen Deckung kommen, daß die alten Kriegsanleihen auf diese neuen Industrieanleihen umzuschreiben sind. Dies könnte günstig dadurch geschehen, daß zum Beispiel die fünfzehnhalbprozentigen Kriegsanleihen auf dreiprozentige Industrieanleihen umgeschrieben werden. Hierdurch wird auch erreicht, daß die Besitzer der Kriegsanleihen, deren volle Sicherheit heute schon eine ungünstige Beurteilung erfährt, Gelegenheit haben, sich an einem Industrieunternehmen zu beteiligen, dessen Ertragsicherheit von vornherein gegeben ist. Die andere Hälfte des aufzuwendenden Kapitals wird aber ohneweiters von all denen geleistet werden, die über Kapital verfügen und es gesichert verwerten wollen. Hierdurch wird auch ein Abwandern der Kriegsgewinne ins Ausland vermieden.

Wie früher schon erwähnt, muß sich der Staat auf das zu gründende Unternehmen eine ausreichende Kontrolle sichern, damit der zu erwartende Reingewinn in erster Reihe für die Allgemeinheit ausgenützt werden kann. Da die wasserrechtlichen Fragen durch eine Monopolisierung der auszunützbaren Wasserkraft in Wegfall kommen, kann der Staat diesen Einfluß ausüben, indem er den Elektrizitätspreis sowie die Stromabgabe genau festsetzt und durch eigene Organe überwacht. Weiter müßte auch festgelegt werden, daß der erzielte Reingewinn nur bis zu einer bestimmten Höhe den an dem Unternehmen beteiligten privaten Interessenten zur Verfügung steht, daß aber, was sich darüber hinaus an Reingewinn ergibt, zu Gunsten des Staates verfällt. Diese und noch andere Maßnahmen werden verhindern, daß das private Kapital aus diesem gemeinnützigen Unternehmen für sich Vorteile heraus schlagen könnte.

Selbstverständlich könnte hier nur in großen Umrisen die finanzielle sowie technische Lösung der ganzen Sache dargestellt werden. Alles weitere müßte der sachmännischen Detailbearbeitung überlassen werden. Zusammenfassend kann nur nochmals gesagt werden, daß durch den Ausbau der Wasserkraft dem Staate nur Vorteile erwachsen, die derzeit ins Gewicht fallen, daß an ein ernstes Studium dieser Angelegenheit ehestens geschritten werden muß. Hunderttausende können in kürzester Zeit und

war nach raschster Beendigung der Vorarbeiten, bereits im kommenden Frühjahr Beschäftigung finden. Industrie und Gewerbe würden gehoben, in wenigen Jahren wären die Verkehrs-, Wohnungs- und Lebensverhältnisse der Bevölkerung wesentlich verbessert und der Abbau der Kriegsschulden wäre günstig in die Wege geleitet. Vorteile genug, um daran Mühe zu wenden

Befehl wir die Wasserkraft!

Von Ingenieur Hugo Roditschek, Wien.

Der neue deutschösterreichische Staat hat in anerkennenswerter Weise eine großzügige Aktion zur materiellen Unterstützung der heimgekehrten Soldaten für die Zeit der Arbeitslosigkeit in die Wege geleitet, Arbeitsvermittlungstellen für die Unterbringung der Heimkehrer in private Unternehmungen geschaffen, aber die Industrie vermag nicht zu folgen. Die Lage ist unsicher, der Wechsel zu jäh. Demnach ist es wichtiger, Arbeit zu schaffen, als Arbeitslose zu unterstützen. Die Unternehmungen belasten das Steuerertragnis sehr ungünstig, auch die ungeheure Kriegsschuld abzubauen müssen wir bald beginnen. Das können wir nicht mit noch so hohen Steuern. Es muß ein anderer Weg beschritten werden. Der Staat muß selbst in großzügiger Weise gewinnbringende Unternehmungen ins Leben rufen oder sich an solchen von der Privatindustrie zu schaffenden, unter Wahrung besonderer Rechte, beteiligen. Das Ertragnis dieser Unternehmungen dient dann zur Tilgung der Schuldenlast. Erst solche Unternehmungen werden genug Arbeitsmöglichkeiten schaffen.

Deutschösterreich verliert durch die Teilung des vormalsigen Oesterreich-Ungarn in einzelne voneinander unabhängige Nationalstaaten viele Erzeugnisse von nun im Ausland gelegenen Industrien, aber auch Bodenprodukte, insbesondere die Steinkohle, die nun vom Ausland mit hohen Kosten beschafft werden muß.

Mit Ausnahme geringer Kohlenfelder in der Nähe von Graz und in Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg hat Deutschösterreich keine Kohlengebiete und die derzeit infolge von Verkehrsschwierigkeiten entstandene Kohlennot kann daher auch in Zukunft eben infolge der Abhängigkeit vom Ausland kaum ständig behoben werden. Zieht man aber noch in Rücksicht, daß für den Betrieb des städtischen Elektrizitäts- sowie des Gaswerkes allein zusammen derzeit täglich 3500 Tonnen Kohle, das sind 350 Bahnwagen, benötigt werden, berücksichtigt man ferner, daß für den ganzen Kohlenbedarf des Wiener Industriegebietes, einschließlich der Elektrizitäts- und Gaswerke, die Zahl von täglich tausend Bahnwagen sicher noch zu niedrig angenommen ist, so sieht man erst, welche ungeheuren Kohlenmengen fast ausschließlich vom Ausland dauernd bezogen werden müßten. Dagegen besitzt gerade Deutschösterreich in den Alpen ungeheure Mengen von Wasserkraft, die bis jetzt nur zum verschwindend kleinen Teile für die Elektrizitätserzeugung ausgenützt wurden. Nach der in der Zeitschrift für das gesamte Turbinenwesen (Jahrgang 1913, Heft 26) erfolgten Veröffentlichung sind in Oesterreich-Ungarn nach vorgenommenen Untersuchungen 6.460.000 Wasserpferdekraft verfügbar, von bis 1913 nur 515.000 Pferdekraft industriell ausgenützt wurden, was einem Ausnützungsverhältnis von nur acht Prozent entspricht, gegen 31,2 Prozent in der Schweiz. Was die verfügbaren Wasserkraft anlangt, stand Oesterreich-Ungarn unter allen europäischen Ländern an zweiter Stelle und wurde nur durch Schweden und Norwegen an Wasserreichtum übertroffen; was aber das Ausnützungsverhältnis anlangt, so stand es mit seinen acht Prozent fast an letzter Stelle.

Ungeheure Mengen von Wasserkraft könnten daher in Deutschösterreich zur industriellen Ausnützung gelangen. Daraus folgt, daß sie ausgenützt werden müssen. Will man Arbeitsmöglichkeiten schaffen und die Industrie heben, dann müssen diese brachliegenden Energiequellen schnellstens in großzügiger Weise für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden. Und der Staat muß das machen. Hunderttausende manueller und Tausende geistiger Arbeitskräfte fänden hierbei Beschäftigung und der drohenden Arbeitslosigkeit würde dadurch wirksam begegnet. Durch Schaffung großer Elektrizitätszentralen an verschiedenen Punkten in den Alpen, welche Zentralen in mehreren Bauperioden zu bauen wären, könnte der dort in großen Turbinenanlagen erzeugte elektrische Strom durch Freileitungen in erster Linie bis Wien geführt werden. Durch Abzweigungen könnten aber auch alle anderen in der Nähe der Hauptleitungen gelegenen Städte, wie Salzburg, Linz, Amstetten, St. Pölten u. s. w. mit elektrischem Strom und elektrischer Kraft ausreichend versorgt werden.